



Ludger Risse
Vorsitzender

c/o St. Christophorus-Krankenhaus
Goetheweg 34, 59368 Werne
E-Mail: l.risse@krankenhaus-
werne.de
Telefon 02389 787-1190
Telefax 02389 787-1176

Werne, 30.11.2006

Presseerklärung zur Aktion „Patienten in Not – diese Reform schadet allen“ am Donnerstag, den 30.11.2006 in Düsseldorf

Es gilt das gesprochene Wort

Mit bundesweit rund 1,2 Millionen Beschäftigten stellt die Pflege die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen dar und setzt sich nachhaltig für eine bessere Patientenversorgung ein. Die Pflege unterstützt die Patienten bei der Bewältigung des Alltags, trägt Sorge dafür, dass sich keine vermeidbaren Komplikationen einstellen und unterstützt die Patienten nachhaltig bei der Durchführung der ärztlichen verordneten Therapien.

Die Rahmenbedingungen für diese unverzichtbare Arbeit haben sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert. Allein in den Jahren 2003 bis 2005 wurden bundesweit rund 35.000 Vollkräfte im Pflegebereich abgebaut. Tatsächlich werden täglich 43 Stellen von Pflegenden wegrationalisiert. Neben dem Stellenabbau passiert aber auch gleichzeitig ein Abbau von Ausbildungsplätzen in den Pflegeberufen. Bundesweit haben wir in den letzten drei Jahren 20.00 Ausbildungsplätze verloren. Dieses ist vor allem durch die ungesicherte Finanzierungslage verursacht.

Gleichzeitig steigt aber die Zahl der hilfebedürftigen Menschen innerhalb und außerhalb der Kliniken. Die Krankenhaus-Einweisungen in NRW haben sich in den letzten 10 Jahren um rund 20% erhöht (Bericht der Enquete-Kommission des Landtages NRW). Wir wissen, dass die Zahl der Pflegeempfänger bis zum Jahre 2040 kontinuierlich steigen wird. In unserem Bundesland, wird die Zunahme 52 % oder rund 240.000 Personen betragen.

Dringend notwendig wäre es in die Zukunft derjenigen Berufe zu investieren, welche die heutigen und die zukünftigen Patienten und Hilfsbedürftigen versorgen!

Die jetzige Gesundheitsreform verursacht jedoch genau das Gegenteil. Die finanzielle Ausstattung der Kliniken in Deutschland ist schon jetzt bedenklich. Für gesetzlich oder tariflich verursachte Kostensteigerungen gibt es keine Gegenfinanzierung. Stattdessen wird den Kliniken ein zusätzliches Opfer als ein so genannter Sanierungsbeitrag abverlangt. Der Sparzwang in den Kliniken geht in hohem Maße zu Lasten der größten Berufsgruppe, der Pflegenden.

Dieses kann zwangsläufig nicht ohne Folgen für die Patienten bleiben. Schon jetzt läuft die pflegerische Versorgung vielfach auf Sparflamme und hier und da auch darunter. Maßnahmen zur Verhinderung von Folgekrankheiten, wie Lungenentzündung und Thrombosen können oft nur minimal durchgeführt werden, notwendige Förderprogramme z.B. zur Sturzprophylaxe, Bewegungsförderung oder Kontinenzförderung blieben oftmals ganz auf der Strecke. Wir kennen durch wissenschaftliche Ergebnisse die Zusammenhänge zwischen der Ausstattung mit Pflegepersonal und dem Entstehen von Komplikationen. Der Stellenabbau gefährdet ganz konkret die Genesung und Gesundheit der Patienten!

Es ist heute weder Ausnahme noch Seltenheit wenn eine Pflegeperson allein für 30 und mehr akut kranke Patienten zuständig ist!

Die Angehörigen der Pflegeberufe können ihrem Auftrag in der Bundesrepublik Deutschland so nicht mehr nachkommen. Damit wird nicht nur die Situation der Patienten verschlechtert, sondern auch volkswirtschaftlich ein großer Schaden verursacht. Durch gezielte pflegerische Interventionen ließe sich Pflegebedürftigkeit oftmals verhindern oder minimieren. Die strukturellen Bedingungen in der BRD führen also dazu, dass Patienten hilfebedürftiger als grundsätzlich möglich aus den Kliniken entlassen werden.

Neben dem schleichenden Stellenabbau wird auch die Berufsfrustration der Krankenschwestern und Pflegern, bedingt durch Kürzungen des Gehaltes, Wegfall des Weihnachtsgeldes und Verlängerung der Wochenarbeitszeit immer größer. Auch dieser Trend zieht sich wie ein roter Faden durch die Bundesrepublik.

Der Pflegerat NRW tritt damit im Namen der rund 204.000 professionell Pflegenden in NRW, gemeinsam mit den Partnern im Gesundheitswesen für nachhaltige Verbesserungen der pflegerischen Versorgung ein.

Wer heute weiter an der Pflege sparen will muss wissen, dass er es zu verantworten hat wenn Pflege- und Hilfsbedürftige unterversorgt sind und in Stich gelassen werden.

Dieser Entwicklung entgegen zusteuern wäre aber die Aufgabe der Regierenden in unserem Land.

Ludger Risse
Vorsitzender